

## AUS DEM INHALT



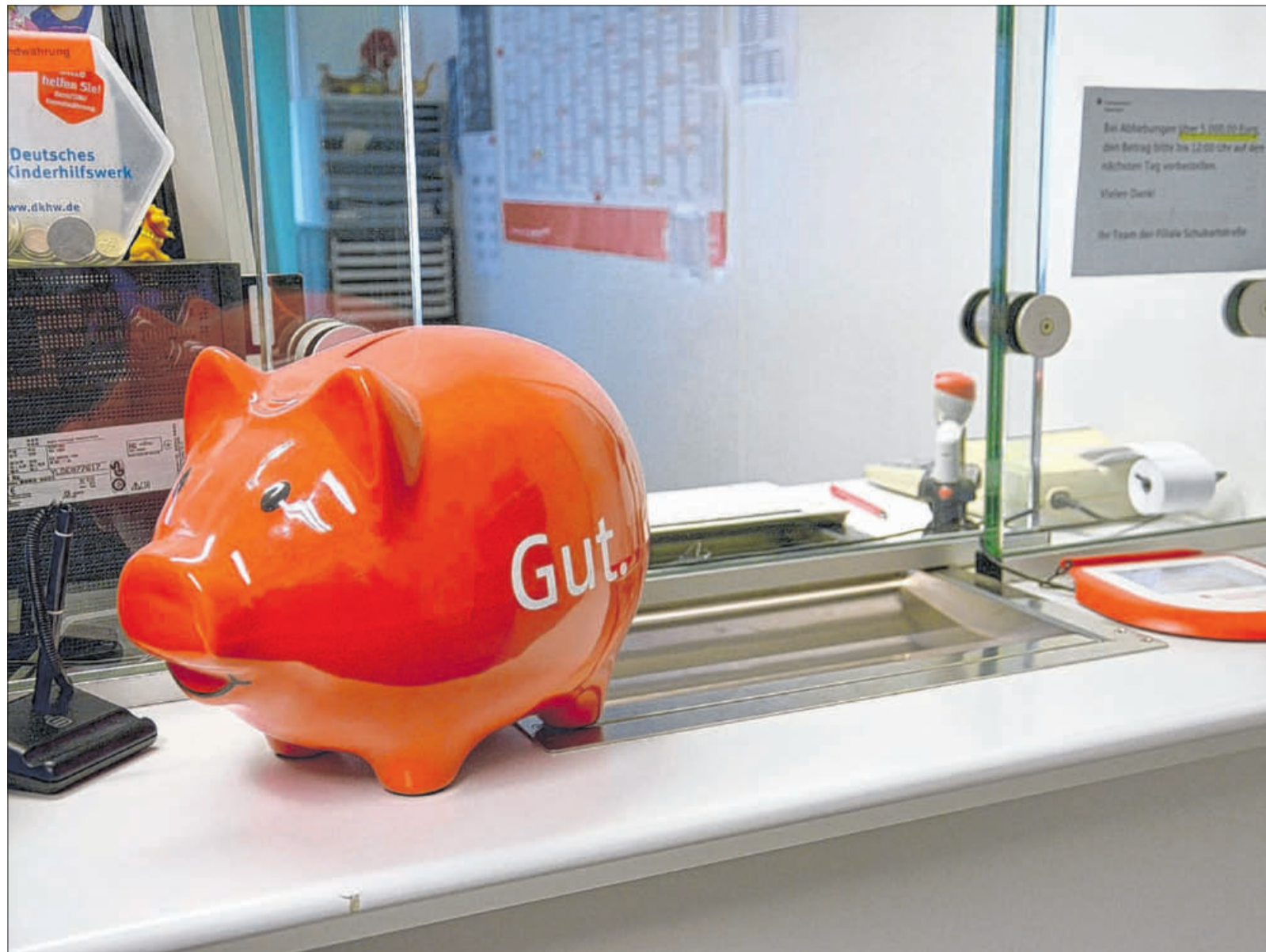
**Was sich Erstis vom Hochschulstudium erhoffen** Seite 10

**Volksbank: Niedrigzins trübt die Freude** Seite 11

**Rechtsstreit: Göppinger Tierpark darf bleiben** Seite 12



**Lauterstein: Bau des Windparks hat begonnen** Seite 19



Gut? In der Sparkassenfiliale in der Oberen Stadt steht ein rotes Sparschwein am Schalter. Ohne Zinsen droht es zu verhungern.

Foto: Sabrina Balzer

## ZITAT DES TAGES

*„Wir haben es mit einer ersten Gefahr zu tun. Wir müssen aufhören, uns über Sicherheitsmaßnahmen wie Datenspeicherung zu streiten. Wir müssen's einfach machen.“*

Inge Gräßle

Die Heidenheimer Europa-Abgeordnete (CDU) über die Lehren aus den Terror-Anschlägen von Brüssel.

## Kochtopf löst Feueralarm aus

**Geislingen.** Ein auf dem eingeschalteten Herd vergessener Reiskocher hat am Dienstag gegen 15.30 Uhr in einem Mehrfamilienhaus in Geislingen einen Brandalarm ausgelöst. Die Feuerwehr entschärfte die Situation mit wenigen Handgriffen: Sie nahm den Topf vom Herd und lüftete die Wohnung, deren Bewohner nicht zu Hause waren. Wie die Polizei berichtet, erlitt ein 15-Jähriger, der sich trotz Warnung der Feuerwehr im Treppenhaus aufhielt, vermutlich eine leichte Rauchvergiftung. Schaden entstand keiner.

## Auto erfasst 15-Jährige

**Geislingen.** Eine 25-jährige Autofahrerin hat gestern eine 15-Jährige mit ihrem Wagen erfasst und leicht verletzt. Das Mädchen kam mit Schürfwunden und Prellungen in die Klinik. Laut Polizei hatte die 25-Jährige gegen 7.35 Uhr auf der Überlinger Straße an haltenden Autos vorbei auf eine Abbiegespur fahren wollen. Auf Höhe der Brunnenstraße fuhr sie das Mädchen an, das gerade die Straße überquerte.

## Unbekannter beschädigt BMW

**Geislingen.** Ein Unbekannter hat am Montagvormittag in der Geislinger Scheffelstraße einen BMW angefahren und ist geflüchtet. Der Fahrer des BMW hatte sein Auto laut Polizei gegen 11.45 Uhr für zwei Stunden auf den Parkplatz einer Bank gestellt; als er zurückkam, entdeckte er den Schaden am linken hinteren Kotflügel. Der Schaden beträgt rund 500 Euro. Die Polizei bittet Zeugen, die etwas zum Tathergang sagen können, um Hinweise unter ☎ (07331) 9 32 70.

# Verhungert das Sparschwein?

Zinskrise lässt Erträge der Banken schrumpfen – zu Lasten der Sparer

**Der europäische Leitzins hat mit Null Prozent einen historischen Tiefstand. Banken zahlen sogar Strafzinsen. Zahlen auch im Raum Geislingen die Bankkunden die Zeche der umstrittenen europäischen Geldpolitik?**

JOCHEN HORNDASCH  
KARSTEN DYBA

**Raum Geislingen.** Schrumpft künftig das Guthaben auf dem Sparbuch? Wäre das Geld unterm Kopfkissen womöglich besser aufgehoben? Seit die Europäische Zentralbank (EZB) vor zwei Wochen den Leitzins im Euroraum auf 0 Prozent gesenkt hat, sind Sparer auch im Raum Geislingen verunsichert. Die Banken trifft es sogar noch schlimmer: Wollen sie Geld bei der Zentralbank anlegen, zahlen sie neuerdings einen Strafzins in Höhe von 0,4 Prozent. Das soll die Kreditinstitute dazu bewegen, das Geld nicht zu horten, sondern mehr Kredite zu vergeben.

Thomas Wolf, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Göppingen, kann seine Kunden beruhigen. „Die Kreissparkasse Göppingen hat keine überschüssigen Gelder bei der EZB angelegt“. Die Einlagen würden sich mit den Krediten an private und gewerbliche Kunden die Waage halten. „Der Strafzins trifft uns deshalb nicht direkt“, sagt Wolf.

Dennoch treibt die Null-Zins-Politik die Banker in der Region um. Die beiden öffentlich-rechtlichen Regionalbanken im Kreis, die Sparkasse und die Volksbank, lebten bislang zu einem guten Teil auch von den Zinsgewinnen ihrer Anlagen, dem Eigengeschäft. Das Dilemma: „Wenn wir Geld heute anlegen, verdienen wir nichts mehr“, sagt Lukas Kuhn, Vorstand für Steuerung und Produktion bei der Volksbank Göppingen. Die Folge: „Wir müssen unser Geschäftsmodell kritisch hinterfragen.“ Möglicher Ausweg: An der Gebührenschaube drehen.

Die Volksbank hat sich für einen anderen Weg entschieden. Zum einen sollen die Kosten gesenkt werden, zum anderen will die Bank genau das tun, was die EZB erreichen will: Mehr Kredite vergeben. In den vergangenen Jahren seien an die 13 Milliarden Euro ins sogenannte Pri-

vat- und Geschäftskundenvolumen umgeschichtet worden. Die Bank will künftig nur noch 40 Prozent ihres Kapitalvolumens in Eigengeschäfte stecken, dafür aber 60 Prozent ins eigene Kreditgeschäft.

Mit dem Geld, das die Banken von der EZB umsonst bekommen, werden die Märkte geflutet. „Japanische Verhältnisse“, nennt Kuhn dies, sie seien „Gift für alle Banken“. Bei dem finanzpolitischen Pokerspiel der EZB wird zwar Geld in den Konsum gesteckt, es entsteht aber kein Wachstum.

Auch die Sparkasse will nicht an der Gebührenschaube drehen, versichert Thomas Wolf, „wir müssen aber dennoch die Entwicklung der Kosten für unsere Dienstleistungen aufmerksam beobachten“. Verlierer seien Banken, Versicherungen und Bausparkassen, sagt der Volksbanker Kuhn. „Das Ergebnis bricht ein,

gleichzeitig steigen die Personal- und Sachkosten. Strategisch können wir deshalb nur auf Sicht fahren.“ Wichtig ist ihm aber, klarzustellen: „Wir geben den Negativzins nicht weiter an die Kunden.“ Ein Guthaben auf dem Sparkonto kann also zumindest nicht schrumpfen.

## GZ-Thema Geld

Es gibt aber keinen Anreiz mehr zu Sparen, was beispielsweise negative Folgen für die Altersvorsorge hat. Die Sparkasse sieht aber ausbaufähige Geschäftsfelder mit denen sich Geld verdienen lasse. Dazu gehören beispielsweise das Provisions- und Kreditgeschäft sowie ein stärkeres Engagement auf dem Immobilienmarkt, das wiederum die Baufinanzierung ankurbelt.

Auch die Volksbank Göppingen will alle übrig gebliebenen Möglichkeiten nutzen, um zusätzliche Ertragspotenziale zu generieren. Bei allen Veränderungen dürfen nach Kuhns Worten die genossenschaftlichen Grundwerte der Volksbank nicht aus den Augen verloren werden. „Wir müssen uns heute keine Sorgen machen um die Volksbank Göppingen. Würden wir nichts tun, wäre das Ergebnis stark rückläufig. Da wir etwas tun, glauben wir, das abfedern zu können.“

■ Mehr zum Thema auf Seite 11

## Rüffel aus Stuttgart

Regierungspräsidium trägt weitere Verschuldung Geislingens nicht mit

**Der Geislinger Haushalt geht klar, sagt das Regierungspräsidium. Das mahnt aber die Stadtverwaltung zugleich, auf die Schuldenbremse zu treten.**

**Geislingen.** Das Regierungspräsidium Stuttgart (RP) als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat dem Haushaltsplan der Stadt Geislingen für das laufende Jahr seinen Segen gegeben – inklusive aller Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Kreditaufnahmen und Festsetzung der Kassenkredite. Das teilt Geislingens Kämmerer Bernd Pawlak mit.

Allerdings gab es einen deutlichen Rüffel der Behörde. Ursache: die hohe Verschuldung Geislingens – zum Jahresende rund 22 Millionen Euro – die für eine Stadt mit einer Finanzsituation wie in Geislingen nicht weiter ansteigen dürfe.



Die Sanierung des Michelberg-Gymnasiums kostet viel Geld. Geislingen soll deshalb die Umlandgemeinden an den Kosten beteiligen. Foto: Markus Sontheimer

Das RP verkenne dabei nicht, dass Geislingen bei seinen ambitionierten Großprojekten nur investiert, wenn es hohe Zuschüsse gebe. Weshalb das RP letztlich auch die Kreditaufnahmen für 2016 genehmigte.

Pawlak zitiert Regierungspräsident Johannes Schmalz: „Eine weitere Verschuldung kann vom Regierungspräsidium nicht mitgetragen werden. Von der Stadt wird erwartet, dass die Stadt die Ertragskraft ihres Verwaltungshaushalts rasch und nachhaltig wieder ins Lot bringt und beispielsweise eine deutliche Erhöhung der Realsteuerhebesätze ins Auge fasst. Bei Investitionen sind mögliche Einnahmequellen zu realisieren, hierzu zählt auch die angestrebte Mitfinanzierung durch die Umlandgemeinden.“ Gemeint sind laut Pawlak die notwendigen, aber millionenschweren Sanierungen der Daniel-Straub-Realschule und am Michelberg-Gymnasium. Die Stadt habe bei der Beteiligung der Umlandgemeinden ihre Bemühungen zu intensivieren, wobei das Regierungspräsidium weiterhin unterstützend bereit stehe.

## „Ich möchte nicht, dass der Terror gewinnt“

**Inge Gräßle ist Abgeordnete im EU-Parlament und war zur Zeit der Anschläge in Brüssel. Trotz des Schocks will sie dem Terror die Stirn bieten.**

**Region.** „Wir sind in Gedanken bei den Opfern der Anschläge und ihren Angehörigen sowie allen Brüsselerinnen und Brüsselern. Wir sind in Sicherheit. Danke für die Sorge um uns“, postete Inge Gräßle am Dienstag, dem Morgen der Anschläge in Brüssel, auf Facebook. Die 55-jährige Heidenheimerin ist die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament in Brüssel.

„Es ist schockierend“, erzählt Gräßle mit zitternder Stimme am Telefon. „Es hätte jeden treffen können.“ Zur Zeit des Anschlags auf die U-Bahnstation Maelbeek war Gräßle auf dem Weg in ihr Büro. Auch andere Mitglieder des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission nutzen die Station regelmäßig, daher hält sie das Ziel für ausgesucht. Sie habe sich hilflos gefühlt, sagt Gräßle, da sie nicht wusste, ob weitere Anschläge folgen würden: „Ich möchte nicht, dass die Terroristen gewinnen.“

Der Ablauf im Europäischen Parlament wurde gestört: Die geplanten 70 Tagesordnungspunkte müssten nachgeholt werden. Ein erheblicher Aufwand, so Gräßle, da man nicht nur die Mitglieder zu einer Abstimmung benötige, sondern auch Dolmetscher und Techniker. „Wir müssen cool bleiben“, sagt die Politikerin, obwohl die Anschläge die Freiheit beschränkten. Sie selbst wohnt neben einer Moschee in Brüssel, hat aber keine Angst.



„Wir müssen cool bleiben“: Die Europa-Abgeordnete Inge Gräßle (CDU).

Belgien ist das Land, das pro Kopf die meisten Terroristen nach Syrien geschickt hat. „Man musste förmlich damit rechnen“, meint Gräßle. Die Terroristen verfolgten eindeutige Ziele, sagt sie: Mit den Anschlägen wollten sie das friedliche Zusammenleben der Menschen stören, gemäßigten Muslimen radikalisieren und in der restlichen Bevölkerung Angst vor Muslimen schüren, sodass ein friedliches Miteinander keine Chance mehr habe.

Die Struktur der Polizei sei den Herausforderungen nicht gewachsen, kritisiert Gräßle: In Belgien gebe es sechs rivalisierende Polizeibehörden; zudem funktioniere der Datenaustausch zwischen den Ländern nicht. Dabei gehe es nun darum, schneller als die Terroristen zu sein. „Ich könnte auf den Tisch kotzen. Das kann doch nicht wahr sein, dass wir so vorgehen“, sagt Inge Gräßle aufgebracht. Nur mit Datenaustausch und Rasterfahndungen könne man dem Terror entgegenwirken. Auch von Grenzkontrollen hält sie wenig: Ohne Zugriff auf vollständige Datenbanken würden weder Polizeiaufgebote noch Grenzkontrollen etwas nützen. Ist

## KOMMENTAR • ZINSKRISE

### Die Dorfbank wird sterben

Um die heimischen Banken hat man sich bislang nicht sorgen müssen. Jedem Sparer war klar: Mit dem Geld, das er auf sein Sparbuch eingezahlt hat, war seine Bank auf den Geldmärkten unterwegs und fuhr dicke Gewinne ein. Der Erfolg manifestierte sich im Bau von Bankpalästen. Einen Bruchteil davon erhielt der Sparer als Dankeschön – Zinsen bis zu 3,5 Prozent auf Sparguthaben waren früher üblich. Zinsen und Zinseszins erlaubten dem fleißigen Sparer das Anhäufeln eines kleinen Vermögens.

Das ist heute anders: Wer Geld hortet, hat nichts davon. Er könnte sein Geld genauso gut unter Kopfkissen legen. Belohnt wird stattdessen, wer Schulden macht oder an der Börse zockt. Mit der deutschen Sparmentalität

stirbt auch eine Institution. Die Genossenschaftsbank der Bauern und Handwerker lebt zwar fort, aber auf andere, modernere Art. Der Automat hat zumindest den Vorteil, dass er keine Öffnungszeiten braucht.

Auf die Dorfbank wird der Kunde künftig verzichten müssen. Die Zahlen sprechen für sich: Banken, deren Erträge schrumpfen, können sich derlei Kleinfilialen nicht mehr leisten. Vor allem dann nicht, wenn die Kunden ausbleiben, weil sie ihre Bankgeschäfte im Internet erledigen. Das kostet womöglich Arbeitsplätze, Service- und Lebensqualität, die mit Automaten nicht wieder wett zu machen ist. Wie sonst beim Sterben ländlicher Infrastruktur gilt auch hier: Der Kunde hat es in der Hand. KARSTEN DYBA

